

Billiger Norden, teurer Süden – Dieses Papier ordnet den Standort Deutschland neu

Welt, 21.11.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus254601574/Strompreis-Billiger-Norden-teurer-Sueden-Dieses-Papier-ordnet-den-Standort-neu.html>

Die Bundesnetzagentur will bei der Neu-Ansiedlung großer Stromverbraucher eine Pauschale für den Netzanschluss erheben. Das Land soll in fünf Preiszonen aufgeteilt werden. Auf die Standortentscheidung der Industrie könnte das massiven Einfluss haben – zum Nachteil vor allem einer Region.

Wo soll die neue Fabrik hin? Eine Antwort auf diese Frage zu finden, war für Investoren in Deutschland schon immer schwierig. Jetzt wird sie noch ein wenig schwieriger.

Denn Investoren treffen ihre Standortentscheidung meist anhand einer langen Liste von Kriterien: Wo ist die Straßen- und Schienen-Anbindung am besten? In welcher Region finde ich genügend qualifiziertes Personal? Welches Bundesland gibt die höchsten Zuschüsse zur Firmenansiedlung?

Jetzt wird die Liste noch länger. Künftig müssen Investoren auch beachten, ob der geplante Fabrikneubau an einer „netzdienlichen“ Stelle steht. Denn sonst wird es teuer. So will es die Bundesnetzagentur.

Die Bonner Behörde schlägt in einem neuen Positionspapier vor, große Stromverbraucher wie Fabriken, Batteriespeicher oder Elektrolyseure zur Wasserstoff-Produktion tendenziell in den Norden zu ziehen, weil sie dort das Stromnetz am wenigsten belasten. Ansiedlungen in südlichen Regionen, etwa in Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz, sollen mit einer Art Pönale belastet werden: Hier werden künftig hohe „Baukosten-Zuschüsse“ (BKZ) für den Anschluss ans Stromnetz fällig.

„Der Stromnetzausbau für die Energiewende verursacht Kosten – darum ist ein Preissignal für den bewussten und sparsamen Umgang mit Anschlusskapazitäten und mehr Kosteneffizienz wichtig“, teilte der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller am Mittwoch mit: „Wenn es gelingt, neue Großverbraucher, Speicher oder Elektrolyseure stärker mit Rücksicht auf das vorhandene Stromnetz zu dimensionieren und sich intelligent zu beteiligen, dann sparen wir Kosten beim Netzausbau.“

Geplant sind fünf regional differenzierte Preisschilder für den Anschluss eines neuen Großverbrauchers ans Stromnetz. Wer in einem Netzengpass-Gebiet bauen will, muss künftig dem Übertragungsnetzbetreiber einen Baukosten-Zuschuss von rund 100.000 Euro pro Megawatt zahlen.

Größter Nachlass in Schleswig-Holstein

Große Elektrolyseure mit 600 Megawatt Leistung, wie sie in Deutschland zur Wasserstoff-Erzeugung geplant sind, müssten also in der teuersten Zone 60 Millionen Euro für ihren Netzanschluss zahlen. Nach dem vorgeschlagenen Preisblatt der Bundesnetzagentur würden im südlichen Niedersachsen oder in Mecklenburg-

Vorpommern nur 40 Prozent dieses Betrags fällig. Ein starker Rabatt, der die Standortentscheidung von Investoren massiv beeinflussen könnte.

In Schleswig-Holstein, dem Land mit den höchsten Windkraft-Überschüssen, wäre der Preisnachlass am größten: Hier würden nur 20 Prozent der höchsten „BKZ“, also 12 Millionen Euro für den Netzanschluss fällig. „Anschlussnehmer sollen in unterschiedlicher Höhe an den Netzkosten beteiligt werden, je nachdem, wie vorteilhaft die Ansiedlung an dem jeweiligen Standort für das Gesamtsystem ist“, erläuterte Bundesnetzagentur-Präsident Müller.

Der Baukosten-Zuschuss ist als Einmal-Abgabe geplant. Bislang berechnet nur der Übertragungsnetzbetreiber Tennet ein solches Entgelt – allerdings einheitlich für alle Neuansiedlungen in seiner Netzzone zwischen Nordsee und Südbayern. Künftig müsste Tennet auch innerhalb seiner Regelzone regional unterschiedliche Netzanschluss-Abgaben nehmen – ebenso wie die Netzbetreiber Amprion, 50 Hertz und TransnetBW.

Der Plan der rechtlich sehr eigenständigen Bundesnetzagentur dürfte zu einem Aufschrei in vielen, vor allem südlichen Bundesländern führen. Denn mit ihrem Preisblatt betreibt die Behörde Industriepolitik, die bewirkt, dass Investoren tendenziell aus dem Süden abziehen. Er beschleunigt also die De-Industrialisierung bisheriger industrieller Zentren in Bayern, im Rhein-Main-Gebiet oder Baden-Württemberg zugunsten norddeutscher Windkraft-Regionen.

Der Plan der Bundesnetzagentur hat damit einen ähnlichen Effekt wie die von der EU-Kommission seit Langem geforderte Einteilung Deutschlands in mehrere „Strompreiszonen“. Die Bundesregierung und die süddeutschen Ministerpräsidenten hatten eine solche Einteilung aus wettbewerbsrechtlichen Gründen stets abgelehnt, weil sie alle südlichen Bundesländer einschließlich Nordrhein-Westfalen zur Hochpreiszone für Elektrizität gemacht hätte.

Die Einführung hoher Baukosten-Abgaben für den Stromnetz-Anschluss hat nun einen ähnlichen Effekt: die Verlagerung des deutschen Stromverbrauchs vom Süden in den Norden.

Investitionen könnten sich nicht rechnen

Stellungnahmen aus Bayern und Baden-Württemberg zu den Plänen der Bundesnetzagentur lagen bislang nicht vor. Widerstand dürfte aber programmiert sein: Solange es noch keine Sicherheit gibt, ob und wann das geplante Wasserstoffkernnetz genügend klimaneutrales Gas von den Nordsee-Häfen in den Süden Deutschlands transportiert, setzen viele Industrie-Cluster auf den Bau eigener Elektrolyse-Anlagen. Durch die Netzanschluss-Abgabe könnten die aber jetzt so teuer werden, dass sich die Investition hier nicht mehr rechnet.

Dasselbe gilt tendenziell auch für große Batteriespeicher: Einige Investoren planen Groß-Akkus in Kraftwerksdimensionen von bis zu 300 Megawatt. Das könnte bei einem 100-Prozent-Standort allerdings 45 Millionen Euro Netzanschluss-Abgabe kosten, was das ganze Projekt im Süden unwirtschaftlich machen würde. Allerdings wird gerade vor höchsten Gerichten noch um die Frage gestritten, ob

Batteriespeicher überhaupt als „Stromverbraucher“ gelten und also solche auch belastet werden dürfen.

Ziel der Abgabe sei es nicht, Geld für den Netzausbau einzunehmen, versichert die Bundesnetzagentur. Es gehe nur darum, mit dem Preissignal den Bau neuer Strom-Großverbraucher in Deutschland so zu verteilen, dass die Kosten von Netzausbau und -betrieb minimiert werden. Greifen sollen die Abgaben ab 2026. Private Haushalte sind nicht betroffen.

Ob die südlichen Bundesländer gegen die regionale Verteuerung des Netzanschlusses auf die Barrikaden gehen, ist aber auch nicht gänzlich sicher. Schließlich hat auch zum Beispiel Baden-Württemberg ein Interesse daran, dass die Netzkosten in Deutschland insgesamt nicht immer weiter steigen. Der Vorschlag der Bundesnetzagentur würde die hohen Netzkosten der Energiewende in ganz Deutschland zumindest bremsen, wenn auch erst mittel- bis langfristig.

Die auf einer Deutschland-Karte von der Bundesnetzagentur veröffentlichten Preispunkte zeigen nicht durchgängig ein Nord-Süd-Gefälle. So zeigt auch der Großraum Berlin viele „schwarze Punkte“, an denen die höchsten Baukosten-Zuschüsse von 100 Prozent fällig werden.

Der Netzengpass ist rund um Berlin also so groß, dass die Bundesnetzagentur hier die Ansiedlung neuer Fabriken, Batteriespeicher oder Elektrolyseure verhindern will. In der Landespolitik wird das keine Begeisterung auslösen. Dasselbe gilt für die Gegend um Frankfurt/Main: In der Bankenmetropole sorgen zahlreiche Rechenzentren für höchste Stromverbräuche – und entsprechend Netzprobleme, die die Bundesnetzagentur offenbar nicht noch größer lassen werden will.